

Börsen-Zeitung vom 05.09.2019, Nr. 170, S. 13

Verbände machen vor Gipfel Wind

Zehn-Punkte-Programm zum Ausbau von Onshore-Windkraft - Krisengespräch im Wirtschaftsministerium

Der schleppende Ausbau von Onshore-Windkraft gefährdet den Ausstieg aus der Kohle und die Klimaziele. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat für heute zu einem Krisengipfel geladen. Ein Zehn-Punkte-Programm von Wirtschafts- und Umweltverbänden zeigt auf, wohin der Wind wehen soll.

Börsen-Zeitung, 5.9.2019

sp Berlin - Vertreter der **Windenergiebranchen** wie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) haben vor dem heute im Bundeswirtschaftsministerium stattfindenden **Windenergiegipfel** gemeinsam mit Umweltverbänden wie Greenpeace und der Deutschen Umwelthilfe ein Zehn-Punkte-Programm vorgestellt, das Impulse für den schleppenden Ausbau von Onshore-Windkraftanlagen geben soll. Es geht vor allem um die Gewährleistung der Verfügbarkeit von Flächen, um Erleichterungen für die Handhabung naturschutzrechtlicher Vorgaben sowie um die wirtschaftliche Beteiligung von Gemeinden zur Stärkung der Akzeptanz für Windparks vor Ort.

"Wir brauchen ein umfassendes Beschleunigungs- und Akzeptanzprogramm für die **Windenergie**", sagte VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche, die vor allem bei der Flächenausweisung und bei der Erteilung von Genehmigungen für Windkraftprojekte Probleme sieht. In den vergangenen Monaten ist der Ausbau von Onshore-Windanlagen in Deutschland fast zum Erliegen gekommen, weil die nötigen Flächen fehlen und die von neuen Windrädern betroffenen Bürger auch gegen bereits genehmigte Projekte immer häufiger zu Rechtsmitteln greifen. Nach Angaben des Bundesverbandes **Windenergie** (BWE) stecken derzeit Projekte mit einer Kapazität von insgesamt 11 Gigawatt fest.

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen sei Rechtssicherheit für die Unternehmen nicht gegeben, sagte Susanna Zaperva, Vorstandsvorsitzende des kommunalen **Energieversorgers** Enercity, der rund 21 Windparks betreibt, die rund 560 Millionen Kilowattstunden und damit den Strom für mehr als 200 000 Haushalte erzeugt. Die durchschnittliche Dauer von Genehmigungsverfahren für Windanlagen habe sich in den vergangenen Jahren von etwas mehr als 300 Tagen auf rund 900 Tage verdreifacht. Das nehme Investitionen den Wind aus den Segeln und sei schlecht für den Standort Deutschland.

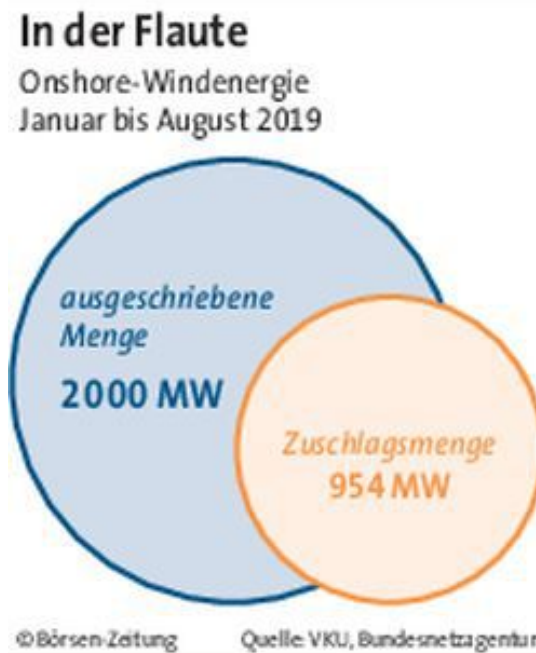
Im vergangenen Jahr wurden bundesweit nur noch Onshore-Windkraftprojekte mit einer Kapazität von 1 500 Megawatt genehmigt, während das **Erneuerbare-Energien**-Gesetz (EEG) auf dem Weg zum Ausbauziel für **erneuerbare Energien** von 65 % bis 2030 jährlich eine Ausschreibungsmenge von 3 600 Megawatt vorsieht. Von der im laufenden Jahr ausgeschriebenen **Energieleistung** konnte bisher für nicht einmal die Hälfte ein Zuschlag erteilt werden (siehe Grafik). Ohne den beschleunigten Ausbau ist neben den Zielen für die erneuerbaren **Energien** auch das Ziel eines Ausstiegs aus der Kohle bis 2038 in Gefahr, weshalb sich auch das Klima-Kabinett bei seiner Sitzung am 20. September mit dem Thema befassen dürfte.

Ausnahmen vom Artenschutz

Die Verbände schlagen unter anderem vor, dass Windparks, deren Genehmigung nach 20 Jahren ausgelaufen ist, mit einer verkürzten Prüfung modernisiert und weiterbetrieben werden dürfen. Die auch von den Unionsparteien geforderten

Regelungen zu pauschalen Abstandsregelungen zwischen Windrädern und Häusern trifft bei den Verbänden auf Widerstand, "da sie das Flächenangebot drastisch einschränken". Im Naturschutzgesetz müsse klargestellt werden, dass ein "überwiegendes Interesse" am Ausbau bestehe, so dass Ausnahmen vom Artenschutz gerechtfertigt seien.

sp Berlin



Quelle: Börsen-Zeitung vom 05.09.2019, Nr. 170, S. 13

ISSN: 0343-7728

Dokumentnummer: 2019170063

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/BOEZ_0bd48dd558a9878ee62606c1049ea68c5b6b6ff13

Alle Rechte vorbehalten: (c) Börsen-Zeitung

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH